

„Wie eine Black Box“

Israel-Kritiker Jürgen Möllemann macht in Nahost Geschäfte – mit wem, mag er nicht sagen.

Als Politiker liebt Jürgen Möllemann die große Pose. Da redet der FDP-Mann aus Münster gern „Klartext“, am liebsten auf allen Kanälen gleichzeitig. Da fliegt er mitten im Wahlkampf mit blau-gelbem Fallschirm am Strand auf Mallorca ein, am besten natürlich vor den Kameras der TV-Anstalten.

Doch es gibt noch einen zweiten Möllemann: den Inhaber der Beratungsfirma Web/Tec. Und der liebt vor allem die Diskretion. Mag nicht reden. Mag keine Namen nennen, keine Details über Geschäftsbeziehungen oder Kunden.

„Absolute Verschwiegenheit“ sei sein oberstes Prinzip, sagt er. Auch mit Rüstungsgeschäften, das sei sein zweites Prinzip, habe er nichts, aber auch gar nichts am Hut. Doch alles andere über seine Firma in der Düsseldorfer Achenbachstraße 56 bleibt im Nebel.

Deshalb blühen nun die Spekulationen. Geht es ihm, der über gute Beziehungen in die arabische Welt – etwa zu Palästinenser-Chef Jassir Arafat – verfügt, auch ums eigene Geschäft, wenn er die israelische Politik attackiert? „Infam und dreist“ seien solche Behauptungen, poltert der Liberale. „Ich denke, wie ich denke, weil ich ein politischer Bürger bin.“

Und doch ist einiges seltsam im Leben des Geschäftsmanns Jürgen Möllemann – und umstritten beim politischen Gegner, bei Grünen und SPD. Bei manchem werden Erinnerungen wach an jene Zeit Mitte der achtziger Jahre, als Möllemann zum Staatsminister im Auswärtigen Amt aufgestiegen war.

Damals geriet er in den Verdacht, es als ehemaliger Teilhaber der Agentur



Gesprächspartner Möllemann, Arafat (1979 in Beirut): „Absolute Verschwiegenheit“

„PR + Text“ mit der Trennung von Amt und Geschäft nicht immer allzu genau genommen zu haben. Auch später, als Bundeswirtschaftsminister, verwischte Möllemann die Grenze zwischen Politik und Privatem. Auf offiziellem Briefpapier des Ministeriums empfahl er einen Plastikchip für Einkaufswagen, den ein angeheirateter Vetter anbot. Das kostete ihn 1993 das Amt.

Ein Jahr danach machte der FDP-Mann sich selbständig. Und es entstand die Web/Tec, die „Wirtschafts- und Exportberatung Jürgen W. Möllemann Trade Consult“. Vier Mitarbeiter erledigen in Düsseldorf das Geschäft, Möllemann selbst schaut regelmäßig vorbei oder geht, meist mit Mittelständlern, auf Reisen, um Kontakte zu vermitteln. So berät er etwa deutsche Firmen bei Ausschreibungen für Infrastruktur-Projekte, beim Ausbau von Flughäfen oder Pipelines. Nur ein Viertel seines Geschäfts, so versichert

er, spiele in Nahost, der Rest im Fernen Osten oder den ehemaligen GUS-Staaten.

Also alles ganz normal. Alles kein Grund zur Aufregung – oder doch?

„Viele sagen, da gibt es was“, erzählt der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Moosbauer, Vizepräsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, der wegen der Israel-Kritik des Vorsitzenden Möllemann sein Amt derzeit ruhen lässt. „Wir haben versucht, uns da reinzuklemmen. Aber das ist wie eine Black Box.“

Der Argwohn über Möllemanns Geschäfte hat vor allem mit den Namen zu tun, die im Umkreis des FDP-Politikers immer wieder auftaucht sind.

Da ist zum Beispiel Klaus Geerds, den Möllemann unmittelbar nach Eröffnung der Web/Tec 1994 als Prokuristen in seine Firma holte – angeblich wegen seiner hervorragenden Sprachkenntnisse.

Geerds war ehemals Militärattaché an der deutschen Botschaft in Saudi-Arabien. Der Oberst kümmerte sich 1990 in mehreren Gesprächen mit Mitgliedern des Königshauses in Riad auch um die



Spürpanzer „Fuchs“
„Ansatzpunkte für Lieferungen“

mögliche Lieferung von Militärgerät, darunter ABC-Spürpanzer des Typs „Fuchs“, nach Saudi-Arabien. Als Bonn die Lieferung zunächst verweigerte, vermeldete Geerds eine „heftige negative Reaktion“ der Saudis an die Heimatfront.

Die Meinung änderte sich in Bonn erst Anfang 1991 – zu einer Zeit, als Möllemann gerade zum Wirtschaftsminister aufgestiegen war. Am 27. Februar 1991 genehmigte der Bundessicherheitsrat die Ausfuhr von 36 Panzern – ein Geschäft, das die bayerische Justiz seit Jahren aufzuklären versucht, die glaubt, es seien dabei Bestechungsgelder geflossen. Mit Bezug auf diesen Beschluss regte Möllemann in einem als geheim eingestuften Brief an Außenminister Hans-Dietrich Genscher im August 1991 an, dass es sogar „durchaus Ansatzpunkte“ für weitere Rüstungslieferungen in die Krisenregion geben könnte.

Ein Name, der bei dem „Fuchs“-Deal auftaucht, ist der von Rolf Wegener, einem Unternehmer mit Büros in Düsseldorf und Wohnsitz in Monte Carlo. Über die Briefkastenfirma „Great Aziz Corp.“ kassierte Wegener bei dem Geschäft ein Honorar in Höhe von 8,93 Millionen Mark.

Wegener und Möllemann kennen sich mindestens seit Mitte der achtziger Jahre. Mit der Web/Tec allerdings, so Möllemann, habe Wegener nichts zu tun – da mögen Leute wie der Brite Kaveh Mousavi das Gegenteil behaupten, der 1998 vergeblich versuchte, Möllemann und Wegener in London vor Gericht zu zeren, weil er sich von den beiden bei einem Ölgeschäft in Turkmenistan ausgebootet fühlte (SPIEGEL 49/1998). Möllemann lehnte damals mit Verweis auf „Geschäftsinterna“ jede Auskunft ab. Auch Wegener, der 1996 der FDP 300.000 Mark spendete, ließ mitteilen, er breche keine „Vertraulichkeitsabreden“.

Nichts sagen, nicht antworten – bislang ist Möllemann damit durchgekommen. Doch ob dies auch künftig noch möglich sein wird, erscheint fraglich.

Ähnlich wie in den USA wird in Berlin der Ruf nach dem „gläsernen Politiker“ immer lauter. Es geht um die Frage, wie viel Transparenz, wie viel Offenheit nötig sind, um Interessenkonflikte aufzudecken – und möglichst zu vermeiden.

Noch vor der Wahl wollen SPD und Grüne deshalb neue „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestags“ verabschieden. Demnach müssen alle Parlamentarier künftig veröffentlichen, was sie nebenbei verdienen, wo sie Beraterverträge haben und wem sie als Lobbyisten verpflichtet sind – bislang verschwinden diese Dokumente im Safe des Bundestagspräsidiums.

GEORG BÖNISCH,
MARKUS DETTMER, ULRICH SCHÄFER

auf Israels Besatzungsregime („Nazi-Methoden“) für Furore sorgte, schaltete sich Westerwelle erst nach langem Zaudern ein. Ein Eintrittsgesuch in die FDP zog Karlsi daraufhin zurück, in der liberalen Fraktion darf er allerdings bleiben – als persönlicher Berater Möllemanns. Dies sei nicht so wichtig, erklärte Westerwelle lapidar.

Vor allem Michel Friedman ist darüber empört: „Ich habe eingesehen, dass ich mich über den falschen Mann aufgeregt habe. Nicht Möllemann ist der Verantwortliche, sondern der Parteivorsitzende“, erklärte das Zentralratsmitglied der Juden in Deutschland.

Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer und führende Politiker aus FDP und Union protestierten. Für eine künftige Regierung sei Möllemann eine „Zumutung“, rügte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Wolfgang Bosbach.

Zwei Tage vor seiner Israel-Reise rief Westerwelle das Parteipräsidium zu einer

kämpft werden – Bekenntnisse, die von deutschen Politikern eigentlich nicht mehr verlangt werden; es sei denn, sie gehören zur neuen FDP.

Ob mit Staatspräsident Mosche Kazaw oder Verteidigungsminister Benjamin Ben-Elieser, stets musste Westerwelle bekräftigen, dass er die Grundkoordinaten der deutsch-israelischen Beziehungen nicht verschieben will. Der Vorsitzende der linken Merez-Partei, Jossi Sarid, sagte ein geplantes Treffen mit dem deutschen Gast eine Viertelstunde vorher ab – weil der nichts gegen antisemitische Tendenzen in seiner Partei unternehme.

Währenddessen legte Möllemann in Deutschland ungerührt nach.

Fassunglos beobachtete die ältere Garde der Liberalen, vorweg Wolfgang Gerhard und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, wie das in Jahrzehnten gewonnene Renommee aufs Spiel gesetzt wurde. Doch auch FDP-Politiker der jungen Generation empörten sich.



JERRY LAMPEN / REUTERS

Gedenkdemonstration für Pim Fortuyn*: Aus der Mitte der Gesellschaft

Sondersitzung zusammen. Es sollte den Schaden begrenzen, den der Vorsitzende selbst mit angerichtet hatte. Einstimmig erklärten die Versammelten, Israels Ministerpräsident Ariel Scharon könne nicht für den Antisemitismus verantwortlich gemacht werden.

Doch der bullige Regierungschef ließ sich nicht täuschen. Vor der Presse las er dem Gast die Leviten. „Wir machen uns große Sorgen, wenn wir sehen, dass der Antisemitismus in Deutschland und Europa ansteigt“, polterte Scharon.

Schmallippig und mit rotem Kopf ließ Westerwelle die Standpauke über sich ergehen. „Das Existenzrecht Israels wird von niemandem in Frage gestellt“, murmelte er kleinlaut. Antisemitismus müsse be-

„Die FDP duldet keinen Rechtspopulismus“, heißt es nun in einem Aufruf, den unter anderen der der Westerwelle-Vertraute Martin Matz und Möllemann-Stellvertreter in NRW, Andreas Pinkwart, unterschrieben: „Wer mit rechtem Gedankengut spielt, macht sich der geistigen Brandstiftung schuldig.“

Selbst im Ausland stellte man sich die bange Frage: Was ist bei den Deutschen los? Wieder und wieder wurde der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, der Christdemokrat Elmar Brok, von Abgeordneten aus anderen europäischen Staaten bedrängt: Wie Möllemanns Sprüche zu verstehen seien, wollten die Kollegen wissen – und weshalb sie von Westerwelle geduldet würden?

Auch Javier Solana, der Hohe Außenpolitische Repräsentant der EU, zeigte sich

* Anlässlich des Staatsaktes in Rotterdam am 9. Mai.